

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/4729 –

Polizei- und Zolleinsätze im Ausland (Stand: viertes Quartal 2010)

Vorbemerkung der Fragesteller

Auslandseinsätze von Polizeibeamtinnen und -beamten entwickeln sich immer mehr zu einem Mittel deutscher und europäischer Außenpolitik. Die Militärdoktrin der Europäischen Union, die sogenannte Europäische Sicherheitsstrategie, sieht ausdrücklich den kombinierten Einsatz militärischer und ziviler (d. h. auch polizeilicher) Mittel vor, um „einen besonderen Mehrwert“ zu erzielen.

Diese Entwicklung ist aus mehreren Gründen besorgniserregend. So leistet sie der Vermischung von polizeilichen und militärischen Zuständigkeiten Vorschub. Die Grenzen zwischen Polizei und Militär drohen zu verschwimmen. Das gilt umso mehr, als gerade bei Einsätzen in Kriegs- und Krisengebieten Polizisten immer wieder in lebensbedrohliche Situationen kommen. Diese dienen dann wiederum als Legitimation für eine Aufrüstung der Polizei bis hin zu Überlegungen, schwerbewaffnete Einheiten der Bundespolizei speziell für Auslandseinsätze aufzustellen.

Hinzu kommt, dass für polizeiliche Auslandseinsätze keinerlei parlamentarische Zustimmung erforderlich ist. Je nach Rechtsgrundlage ist noch nicht einmal die Information des Deutschen Bundestages vorgeschrieben. Damit wird ein wichtiger Bereich der Außenpolitik der parlamentarischen Kontrolle entzogen. Bedenklich ist dies vor allem wegen der gerade bei Einsätzen in Kriegs- und Krisengebieten stets vorhandenen Eskalationsgefahr.

Ähnliches gilt für Einsätze von Zollbeamtinnen und -beamten. Auch für ihre Entsendung ins Ausland ist keine Zustimmung des Deutschen Bundestages erforderlich.

Schließlich gewinnen internationale Einsätze innerhalb der EU zunehmend an Bedeutung. Einsätze ausländischer Polizisten in Deutschland sowie deutscher Polizisten im (EU-)Ausland auf Grundlage des Prüm-Vertrages oder bilateraler Abkommen unterliegen ebenfalls keiner parlamentarischen Kontrolle.

Mit einigem Unverständnis bewerten die Fragesteller die Tatsache, dass die Bundesregierung auf die bisherigen einschlägigen Anfragen der Fraktion DIE LINKE keine Angaben zu sicherheitsrelevanten Vorfällen machen konnte

*** Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

oder wollte, denen deutsche Polizeibeamte in ihren Missionen ausgesetzt waren. Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. gehört die Erfassung solcher Vorfälle zur Sorgfaltspflicht der Bundesregierung.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Kleine Anfrage beinhaltet Fragen, die im Wesentlichen identisch sind mit den Fragen der Kleinen Anfragen der Fraktion DIE LINKE vom 1. September 2008 (Bundestagsdrucksache 16/10182), vom 20. November 2008 (Bundestagsdrucksache 16/11009), vom 9. Dezember 2008 (Bundestagsdrucksache 16/11341), vom 22. April 2009 (Bundestagsdrucksache 16/12773), vom 27. Juli 2009 (Bundestagsdrucksache 16/13849), vom 12. November 2009 (Bundestagsdrucksache 17/26) vom 26. Februar 2010 (Bundestagsdrucksache 17/866), vom 3. Juni 2010 (Bundestagsdrucksache 17/1923), vom 18. August 2010 (Bundestagsdrucksache 17/2769) und vom 8. November 2010 (Bundestagsdrucksache 7/3640).

Zur Vermeidung von Wiederholungen wird insoweit auf die Antworten der Bundesregierung vom 17. September 2008 (Bundestagsdrucksache 16/10252), vom 8. Dezember 2008 (Bundestagsdrucksache 16/11314), vom 5. Januar 2009 (Bundestagsdrucksache 16/11548), vom 11. Mai 2009 (Bundestagsdrucksache 16/12968), vom 14. August 2009 (Bundestagsdrucksache 16/13897), vom 27. November 2009 (Bundestagsdrucksache 17/84), vom 15. März 2010 (Bundestagsdrucksache 17/1006), vom 22. Juni 2010 (Bundestagsdrucksache 17/2264), vom 3. September 2010 (Bundestagsdrucksache 17/2845) und vom 25. November 2010 (Bundestagsdrucksache 17/3931) verwiesen. Veränderungen werden ergänzend dargestellt.

1. An welchen bi- und multilateralen Missionen sind derzeit deutsche Polizistinnen und Polizisten (bitte aufgliedern nach Bundesländern, Zugehörigkeit zu Bundespolizei/Bundeskriminalamt – BKA) sowie Zollbeamtinnen und -beamte beteiligt?
 - a) Wie viele deutsche Polizistinnen und Polizisten sowie weiteres ziviles Personal (bitte aufgliedern nach Zugehörigkeit zu Bundesländern, Bundespolizei, BKA u. a.) sowie Zollbeamtinnen und Zollbeamte sind dabei derzeit eingesetzt?

Zu Nummer 1 und Buchstabe a

	Stärken (Stand 14.02.2011)												
	UNMIK	EUPM	EUMM GEO	UNMIL	UNMIS	UNAMID	EUPOL COPPS	EU BAM Rafah	EU BAM MD/UA	GPPT AFG	EUPOL AFG	EULEX	
Bundespolizei	0	4	8	0	5	4	0	0	5	65	7	14	
BKA	0	2	0	0	0	0	0	0	0	3	1	2	
Zoll	0	0	0	0	0	0	0	1	5	0	0	2	
Länderpolizeien	1	7	7	5	1	1	0	0	0	119	14	81	
Gesamt	1	13	15	5	6	5	0	1	10	187	44*	99	386

* Darin enthalten sind 22 zivile deutsche Expertinnen und Experten.

- b) An welchen Orten und in welchen Stäben, Einrichtungen und Stellen sind sie tätig (bitte jeweils die einzelnen Personalzahlen angeben)?

Missionen	Derzeitige Einsatzorte
UNMIK, Kosovo	Gesamt Kosovo
UNMIL, Liberia	Monrovia
UNMIS, Sudan	Khartoum, Juba, Ed Damazin, Torit
UNAMID, Sudan	El Fasher
EUMM, Georgien	Tiflis, Zugdidi, Gori, Mtskheta
EUPOL AFG, Afghanistan	Kabul, Mazar e Sharif, Kunduz, Feyzabad, Taloqan
EU BAM MD/UA, Moldau/Ukraine	Odessa, Besarabesca, Chisinau, Otach, Kotovsk
EULEX, Kosovo	Gesamt Kosovo
EUPOL COPPS, Paläst. Autonomiegebiete	West Bank
EU BAM Rafah,	Ashkelon
EUPM BuH, Bosnien-Herzegowina	Gesamt Bosnien-Herzegowina
Dt. bilaterales Polizeiberaterteam (GPPT), Afghanistan	Kabul, Mazar e Sharif, Kunduz, Feyzabad

Die in den Missionen der Vereinten Nationen (VN) und der Europäischen Union (EU) eingesetzten Polizeivollzugsbeamten (PVB) des Bundes und der Länder sowie Zollbeamten nehmen die der internationalen Polizei mit Mandat zugewiesenen Aufgaben wahr. Der Einsatz der PVB sowie der Zollbeamten liegt in der Verantwortung des Mandatgebers (VN/EU) und erfolgt nach dem jeweiligen Bedarf innerhalb der Mission.

GPPT Afghanistan:

Ort	Verwendung	Anzahl
Kabul	Administration	24
	Akademie	24
	Flughafen	8
Mazar e Sharif	Administration	19
	Trainer	60
Kunduz	Administration	4
	Trainer	14
Feyzabad	Administration	7
	Trainer	27

c) Welche tatsächliche Gesamtstärke hat die Mission derzeit?

Mission	Derzeitige Gesamtstärke Polizei / Zoll
UNMIK, Kosovo	8
UNMIL, Liberia	1 319
UNMIS, Sudan	695
UNAMID, Sudan	5 151
EUPOL AFG, Afghanistan	167
EU BAM MD/UA, Moldau/Ukraine	101
EULEX, Kosovo	1 130
EUPOL COPPS, Paläst. Autonomiegebiete	16
EU BAM Rafah	12
EUPM BuH, Bosnien-Herzegowina	89
EUMM, Georgien	76

d) Welche Missionen mit deutscher Beteiligung sind im vierten Quartal 2010 neu hinzugekommen (bitte rechtliche Grundlage sowie Mandatsgeber und Missionsträger angeben, die Mandatsobergrenze nennen sowie den Auftrag der eingesetzten deutschen Kräfte bezeichnen), und inwiefern hat es Mandatsänderungen bei den bereits bestehenden Missionen gegeben?

Deutschland hat sich an keiner weiteren Mission beteiligt. Mandatsänderungen in bestehenden Missionen hat es nicht gegeben.

e) Wann wird die Mission voraussichtlich beendet sein?

Mission	Derzeitiges Mandatsende
UNMIK, Kosovo	offen
UNMIL, Liberia	30.09.2011
UNMIS, Sudan	30.04.2011
UNAMID, Sudan	31.07.2011
EUPOL AFG, Afghanistan	31.05.2013
EU BAM MD/UA, Moldau/Ukraine	01.12.2011
EULEX, Kosovo	14.06.2012
EUPOL COPPS, Paläst. Autonomiegebiete	31.12.2011
EU BAM Rafah	24.05.2011
EUPM BuH, Bosnien-Herzegowina	31.12.2011
EUMM, Georgien	14.09.2011
Dt. bilaterales Polizeiberaterteam, Afghanistan	offen

- f) Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung eine Veränderung hinsichtlich der Art und/oder des Umfangs der deutschen Beteiligung, und bis wann soll diese umgesetzt sein (bitte ggf. konkrete Angaben und Zahlen zu den einzelnen Missionen nennen)?

Die Bundesregierung beabsichtigt derzeit keine Veränderungen.

2. Wie viele der im Rahmen des German Police Project Teams in Afghanistan eingesetzten deutschen Polizeibeamten sind Kurzzeit- bzw. Langzeitexperten?

Aktuell sind 128 Kurzzeit- und 59 Langzeitexperten beim German Police Project Team (GPPT) eingesetzt.

- a) Wie viele Kurzzeitexperten waren insgesamt im Jahr 2010 in Afghanistan eingesetzt, und wie lang war ihre durchschnittliche Aufenthaltsdauer?

Im Jahr 2010 haben insgesamt 214 Kurzzeitexperten im GPPT ihre Verwendung beendet, wobei die durchschnittliche Verwendungsdauer drei Monate betrug.

- b) Wie viele Langzeitexperten waren bislang im Jahr 2010 in Afghanistan eingesetzt, und wie lang war ihre durchschnittliche Aufenthaltsdauer?

Im Jahr 2010 haben insgesamt 93 Langzeitexperten im GPPT ihre Verwendung beendet, wobei die durchschnittliche Verwendungsdauer 12 Monate betrug.

3. Welche Informationen liegen der Bundesregierung vor bezüglich sicherheitsrelevanter Vorfälle, in die deutsche Polizistinnen und Polizisten sowie Zollbeamtinnen und -beamte im vierten Quartal 2010 involviert bzw. denen sie ausgesetzt waren?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über sicherheitsrelevante Vorfälle vor.

4. Wie bewertet die Bundesregierung die politische und militärische Gefährdungslage in den jeweiligen Einsatzgebieten (bitte Veränderungen darstellen)?

Politische Lage

European Union Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine (EU BAM-Moldau):

Die bisherige Sicherheitslage in der Republik Moldau (MDA) bleibt nach den Wahlen zu Parlament und Staatspräsident vom 28. November 2010 ruhig. Die Republik Moldau bekennt sich zur Lösung des Transnistrienkonflikts auf friedlichem Wege über Verhandlungen und hat einer Lösung des Konflikts auf militärischem Wege eine klare Absage erteilt.

Die ukrainische Seite (UKR) entfernte am 15. November 2010 zwei ukrainische Grenzblöcke zwischen den Ortschaften Mayaki (UKR) und Palanca (MDA). Die Entscheidung war gefasst worden, nachdem eine ukrainische Expertenkommission festgestellt hatte, dass die zwei Markierungen sich 120 m innerhalb ukrainischen Gebiets befanden. Zwar war MDA über UKR Vorhaben informiert und eingeladen, die Entfernung der Grenzblöcke zu beobachten, je-

doch nahm kein Vertreter auf MDA-Seite teil. MDA hatte in der Joint UKR-MDA Border Demarcation Commission (JUMCDB) die Position der UKR zurückgewiesen und darauf bestanden, dass die Grenzlinie an besagter Stelle korrekt verlaufe. EUBAM wurde über den Vorfall informiert. Eine Patrouille der EU BAM konnte die Entfernung der ukrainischen Grenzblöcke bestätigen.

EUPOL/Deutsches bilaterales Polizeiberatersteam (Afghanistan):

Innerhalb des zivilen Wiederaufbaus Afghanistans messen die afghanische Regierung und die internationale Gemeinschaft dem Aufbau und der Ausbildung der Polizei eine zentrale Bedeutung zu. Ziel ist es, die Sicherheitsverantwortung im Land schrittweise an funktionierende afghanische Institutionen zu übertragen. Dazu leisten die Polizeimission der Europäischen Union in Afghanistan (EUPOL) und das bilaterale deutsche Polizeiberatersteam wichtige Beiträge. Die Sicherheitslage in Afghanistan bleibt weiterhin angespannt. Die seit Jahren erkannte Zerteilung in einen im Landesvergleich ruhigeren Norden und Westen und einen deutlich unruhigeren Süden/Südwesten und Osten des Landes (ca. 90 Prozent der Zwischenfälle), gilt weiterhin. Die Zahl der registrierten sicherheitsrelevanten Zwischenfälle (SRZ) nahm im Jahr 2010 weiter zu. Seit August 2010 (Höchstwert des Jahres) haben sich die Werte allerdings halbiert. Ob diese Entwicklung nur der Vorbereitung auf den Winter und damit dem Ausweichen der regierungsfeindlichen Kräfte geschuldet ist oder ob eine Trendwende eingeleitet wurde, wird sich erst etwa Mitte 2011 bewerten lassen.

Schwerpunkte der Auseinandersetzung im Norden konzentrierten sich weiter auf die Provinzen Kunduz, Baghlan und Faryab (Distrikt Ghormach).

UNMIK, EULEX (Kosovo):

UNMIK hat ihre exekutiven Aufgaben im Zoll- und Polizeibereich beendet, sie sind zum Teil auf die Sicherheitsinstitutionen der Republik Kosovo und zum Teil auf die europäische Rechtsstaatsmission EULEX übergegangen. Insgesamt ist die Sicherheitslage in Kosovo stabil, einzelne und isolierte Zwischenfälle können aber vor allem im Nordteil des Landes auch weiterhin nicht ausgeschlossen werden, z. B. erlitten bei einer Attacke am 14. Januar auf drei EULEX-Polizisten durch vier unbekannte Personen zwei Polizisten Kopfverletzungen, die im Krankenhaus behandelt werden mussten. Die Ermittlungen zu den Hintergründen dauern an. Sowohl die Parlamentswahlen am 12. Dezember 2010, als auch die wegen festgestellter Unregelmäßigkeiten in einzelnen Gemeinden erforderlichen Nachwahlen am 9. und 23. Januar 2011 verliefen friedlich und ohne gravierende sicherheitsrelevante Zwischenfälle. Auch die Feierlichkeiten anlässlich der Amtseinführung des neuen Bischofs der Diözese Raska-Prizren, Teodosije, am 26. Dezember 2010 in der St. Georgs-Kathedrale in Prizren verliefen unter Beteiligung mehrerer hundert serbischer Pilger und in Anwesenheit politischer Vertreter Serbiens (u. a. Innenminister Dacic und Kosovo-Minister Bogdanovic) ungestört und ohne Zwischenfälle.

UNMIL (Liberia):

Insgesamt hat der Friedensprozess seit Einrichtung von UNMIL Fortschritte gemacht. Die politischen Verhältnisse in Liberia bleiben aber fragil, wie gewalttätige Auseinandersetzungen mit ethnisch-religiösem Hintergrund Ende Februar im Norden Liberias gezeigt haben. Die für Herbst 2011 anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen werfen bereits ihre Schatten voraus. Nach allgemeiner Einschätzung besteht derzeit aber nur ein geringes Risiko, dass die VN-Mission in einen gewaltsamen Konflikt verwickelt werden könnte. Im September 2009 wurde die Reduzierung der Truppenstärke von UNMIL um ca. 2000 Soldaten bis Mai 2012 entschieden, der weitere Abbau soll erst nach

den Wahlen 2011 erfolgen. Die Polizeikomponente der Mission wird vorerst nicht reduziert. Das UNMIL-Mandat wurde einstimmig durch den VN-Sicherheitsrat bis 30. September 2011 verlängert. Aufgrund der angespannten politischen Lage in Côte d'Ivoire hat der Sicherheitsrat seit November 2010 die temporäre Aufstockung der VN-Friedensmission UNOCI durch einige Truppen von UNMIL autorisiert. Die Polizeikomponente ist von dieser Maßnahme nicht betroffen.

UNAMID/UNMIS (Sudan):

Die Lage in Darfur ist weiterhin instabil. Unter katarischer Vermittlung verhandeln die Regierung der Republik Sudan und der Zusammenschluss von Rebellengruppen „Liberation and Justice Movement“ (LJM) seit Januar 2010 in Doha über ein Friedensabkommen für Darfur. Die Rebellengruppe „Sudan Liberation Army“ (SLA) verweigert sich einer Teilnahme an den Friedensgesprächen. Das „Justice and Equality Movement“ (JEM) nimmt wieder an den Verhandlungen teil. Immer wieder aufflammende bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und Rebellen sowie eine zunehmende Bedrohung durch bewaffnete Banditen erschweren die humanitäre Lage der dortigen Bevölkerung. Auch die Mission der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union in Darfur (UNAMID) ist davon betroffen.

Die Sicherheitslage im Einsatzgebiet der Mission der Vereinten Nationen im Sudan (UNMIS) im Südsudan ist teilweise angespannt, insbesondere wegen einer Reihe immer wieder aufflammender tribaler Konflikte. Das Referendum über die Unabhängigkeit des Südsudan verlief friedlich und erfolgreich. UNMIS kommt zusätzlich eine wesentliche Rolle bei der Sicherung der umstrittenen Region Abyei zu.

EUPOL COPPS/EUBAM (Palästinensische Autonomiegebiete):

Innerhalb des Westjordanlandes besteht weiterhin grundsätzlich uneingeschränkte Bewegungsfreiheit für Angehörige der Polizeimission. Die Auswirkungen der israelischen Besatzung und sporadisch eskalierende Spannungen zwischen Hamas und Fatah prägen den Alltag. Missionsangehörige sind aufgefordert, Orte gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern bzw. zwischen den palästinensischen Fraktionen zu meiden. Darüber hinausgehende spezifische Risiken bestehen für die Polizeimission nicht.

Für den Gazastreifen gilt eine Reisewarnung. Seit dem Ende der israelischen Militäroffensive am 18. Januar 2009 herrscht im Gazastreifen eine fragile Waffenruhe. Diese Waffenruhe wird immer wieder und in unterschiedlicher Intensität durch Raketen- und Mörserbeschuss aus dem Gazastreifen gebrochen, worauf die israelischen Streitkräfte in der Regel mit Luftangriffen gegen Schmuggeltunnel entlang der ägyptischen Grenze oder Ziele im Gazastreifen antworten. Eine Gefährdung durch mögliche Kampfhandlungen und Entführungen westlicher Ausländer sind ebenfalls nicht auszuschließen.

EUMM (GEO):

Nach wie vor kommt es zu einzelnen Zwischenfällen an den Verwaltungsgrenzen zu Abchasien und Süd-Ossetien. Zwischenfälle an der Verwaltungsgrenze zu Abchasien stehen häufig im Zusammenhang mit Versuchen von Zivilisten, die Verwaltungsgrenze zu überwinden. Die Lage ist ruhig, aber nicht stabil.

Militärische Lage

Es sind keine Veränderungen bei den Bewertungen zur militärischen Gefährdungslage für die Einsatzländer von Polizei und Zoll, in denen auch die Bundeswehr eingesetzt ist, eingetreten

5. Wie viele Verbindungsbeamtinnen und -beamte des BKA halten sich derzeit in welchen Ländern auf (bitte jeweils die Einsatzländer und -orte sowie die zugehörige Zahl von Beamtinnen/Beamten angeben)?

Aktuell sind 68 Verbindungsbeamte des BKA an 54 Standorten in 50 Staaten gemäß nachfolgender Übersicht eingesetzt:

Land	Ort	Anzahl	Land	Ort	Anzahl
Afghanistan	Kunduz	2	Mexiko	Mexiko City	1
Afghanistan	Kabul	2	Niederlande	Den Haag	1
Ägypten	Kairo	1	Österreich	Wien	2
Albanien	Tirana	1	Pakistan	Islamabad	1
Algerien	Algier	1	Panama	Panama City	1
Australien	Canberra	1	Peru	Lima	1
Argentinien	Buenos Aires	1	Polen	Warschau	2
Brasilien	Brasilia	1	Polen	Danzig	1
Brasilien	Sao Paulo	1	Portugal	Lissabon	1
Bulgarien	Sofia	1	Rumänien	Bukarest	2
China	Peking	1	Russische Föderation	Moskau	2
Dominikanische Republik	Santo Domingo	1	Saudi Arabien	Riad	1
Frankreich	Paris	2	Schweden	Stockholm	1
Ghana	Accra	1	Serbien	Belgrad	1
Griechenland	Athen	1	Spanien	Madrid	2
Großbritannien	London	2	Südafrika	Pretoria	1
Indien	Neu Delhi	1	Tadschikistan	Duschanbe	1
Italien	Rom	2	Thailand	Bangkok	2
Jemen	Sanaa	1	Tschechische Republik	Prag	1
Jordanien	Amman	1	Türkei	Istanbul	1
Kenia	Nairobi	2	Türkei	Ankara	1
Kolumbien	Bogotá	2	Ukraine	Kiew	1
Kosovo	Pristina	1	USA	Washington	2
Kroatien	Zagreb	1	Usbekistan	Taschkent	1
Lettland	Riga	1	Venezuela	Caracas	1
Libanon	Beirut	1	Vereinigte Arabische Emirate	Abu Dhabi	1
Marokko	Rabat	1	Weißrussland	Minsk	1

6. Wie viele deutsche Polizeibeamte werden derzeit im Ausland als
- Dokumentenberater,
 - Sicherheitsbeamte,
 - grenzpolizeiliche Verbindungsbeamte,
 - Unterstützungskräfte sowie Berater in Fragen der Grenzsicherheit eingesetzt (bitte jeweils, d. h. heißt zu jedem Unterpunkt, Einsatzland und -ort sowie die Zahl der eingesetzten Polizeibeamten nennen und angeben, ob sie vom BKA, der Bundespolizei oder einer Länderpolizei gestellt werden)?

Zu Buchstabe a

Aktuell befinden sich 31PVB der Bundespolizei als Dokumentenberater im Einsatz.

Zu Buchstabe b

Aktuell befinden sich 15 PVB der Bundespolizei gemäß Übersicht als Sicherheitsbeamte im Einsatz:

Land/Ort	Anzahl	Land/Ort	Anzahl
Kenia, Nairobi	1	Türkei, Ankara	1
Afghanistan, Kabul	1	Usbekistan, Taschkent	1
Vereinigte Staaten von Amerika, Washington D.C.	1	Indonesien, Jakarta	1
Indien, Neu Delhi	1	Pakistan, Islamabad	1
Brasilien, Rio de Janeiro	1	Ghana, Accra	1
Saudi Arabien, Riad	1	Ägypten, Kairo	1
Russland, Moskau	1	Iran, Teheran	1
China, Peking	1		

Zu Buchstabe c

Aktuell sind 23 Grenzpolizeiliche Verbindungsbeamte der Bundespolizei in 22 Ländern eingesetzt:

Land	Anzahl	Land	Anzahl
Spanien	1	Ungarn	1
Frankreich	2	Slowakei	1
Niederlande	1	Serbien	1
Schweiz	1	Rumänien	1
Italien	1	Bulgarien	1
Österreich	1	Griechenland	1
Kroatien	1	Türkei	1
Tschechische Republik	1	Russland	1
Polen	1	Georgien	1
Litauen	1	China	1
Ukraine	1	Weißrussland	1

Zu Buchstabe d

Aktuell befinden sich 3 PVB der Bundespolizei als „Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland“ in Griechenland (Athen, Igoumenitsa und Patras) im Einsatz.

7. Wie viele deutsche Polizeibeamte wurden im vierten Quartal 2010 im Rahmen der „Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“ (FRONTEX) eingesetzt
- als Dokumentenberater im Rahmen welcher Operationen, und an welchen Standorten,
 - als Mitarbeiter in der Warschauer Zentrale (bitte mit der jeweiligen Funktion auflisten),
 - als Teilnehmer von Operationen zur Überwachung und Kontrolle der Außengrenzen, die deutsches Gerät aus der FRONTEX-„Toolbox“ bedienen (bitte mit Einsatzstandort und jeweiligem Tätigkeitsprofil),
 - als Mitglied der „Rapid Border Intervention Teams“ (RABIT),
 - und welche Melde- und Berichtswege zwischen diesen Beamten und deren deutscher Führungsstelle bestehen für die einzelnen operativen Bereiche?

Zu Buchstabe a

Es erfolgten keine Einsätze von Dokumentenberatern bei FRONTEX-Einsätzen

Zu Buchstabe b

Es waren 12 PVB der Bundespolizei gemäß Übersicht in der Warschauer Zentrale im Einsatz:

Funktion	Anzahl
Head of Operation Division	1
Horizontal Coordinator (Operations Division)	1
Training Unit	1
Risk Analysis Unit (Operative Auswertung)	2
Pooled Resources	2
Air Border Sector	1
Return Operations Sector	2
Sea Border Sector	1
Situation Centre	1

Zu Buchstabe c

Es wurden 3 PVB als Bedienpersonal eines Personendetektionsgerätes am griechisch-türkischen Grenzübergang Kipi eingesetzt.

Zu Buchstabe d

Es wurden 52 PVB im Rahmen des „Rapid Border Intervention Teams“ (RABIT) in Griechenland eingesetzt.

Zu Buchstabe e

Nach Abschluss des Einsatzes erfolgt ein Bericht an das Bundespolizeipräsidium und zu FRONTEX. Bei besonderen Anlässen erfolgen Erkenntnismeldungen.

8. Wie viele deutsche Polizeibeamte werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Rahmen von FRONTEX eingesetzt
 - a) als Dokumentenberater im Rahmen welcher Operationen, und an welchen Standorten,
 - b) als Mitarbeiter in der Warschauer Zentrale (bitte mit der jeweiligen Funktion auflisten),
 - c) als Teilnehmer von Operationen zur Überwachung und Kontrolle der Außengrenzen, die deutsches Gerät aus der FRONTEX-„Toolbox“ bedienen (bitte mit Einsatzstandort und jeweiligem Tätigkeitsprofil),
 - d) als Mitglied von RABIT?

Zu Buchstabe a

Es erfolgen keine Einsätze von Dokumentenberatern im Rahmen von FRONTEX-Einsätzen

Zu Buchstabe b

In der Warschauer Zentrale sind derzeit 12 PVB der Bundespolizei gemäß Übersicht im Einsatz:

Funktion	Anzahl
Head of Operation Division	1
Horizontal Coordinator (Operations Division)	1
Training Unit	1
Risk Analysis Unit (Operative Auswertung)	2
Pooled Resources	1
Air Border Sector	1
Return Operations Sector	2
Sea Border Sector	1
Situation Centre	1

Zu Buchstabe c

Derzeit findet kein Einsatz mit deutschem Gerät aus dem Zentralregister „CRATE“ statt.

Zu Buchstabe d

Aktuell befinden sich 35 PVB in Griechenland im Einsatz.

9. An welchen weiteren internationalen Einsätzen auf Grundlage des Prümer Vertrages oder entsprechender bilateraler Abkommen (ausgenommen die sogenannte Nacheile) haben deutsche Polizisten im Jahr 2010 teilgenommen?

Auf die Antworten zu den Fragen 9a bis 9f wird verwiesen.

- a) Wann und wo fanden diese Einsätze jeweils statt (bitte angeben, in welchen Einheiten bzw. in welchen Stäben/Dienststellen usw. die deutschen Polizeikräfte eingesetzt waren)?

- 10. bis 24. Mai 2010 in Cannes,
- 29. Juni bis 13. August 2010 in Paris,
- 14. Juli bis 15. August 2010 Ghisconaccia (Korsika),
- 9. bis 30. August 2010 in Lourdes.

- b) Was waren Anlass und Zweck der Einsätze?

Es handelte sich in allen Fällen um gemeinsame Streifen in Gebieten mit einem hohen Aufkommen deutscher Touristen.

- c) Wie viele deutsche Polizisten waren daran beteiligt (bitte Herkunft nach Länderpolizeien/Bundespolizei/BKA angeben)?

Es wurde in den genannten Zeiträumen jeweils ein PVB der Bundespolizei entsandt.

- d) Von wem ging das Ersuchen aus?

Entsendung erfolgte auf Ersuchen der französischen Regierung

- e) Inwiefern haben die deutschen Polizisten von ihrer Befugnis zur Anwendung unmittelbaren Zwangs Gebrauch gemacht?

Meldungen über die Anwendung von unmittelbarem Zwang durch Bundespolizisten

- f) Welche Einsatzmittel und Fahrzeuge aus deutschen Beständen wurden jeweils mitgeführt?

Es wurden die persönlich zugewiesenen Einsatzmittel mitgeführt. Dienstfahrzeuge waren zu o. g. Einsätzen nicht im Einsatz.

10. Welche Ausbildungsmaßnahmen für ausländische Sicherheitskräfte haben deutsche Polizeibeamtinnen und -beamte im vierten Quartal 2010 durchgeführt, bzw. an welchen waren sie beteiligt (bitte sowohl bereits abgeschlossene als auch aktuell stattfindende sowie fortgesetzte angeben)?

Es wird auf die Vorbemerkungen verwiesen. Seit der letzten Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/3640 sind folgende Maßnahmen der Ausbildungs- und Ausstattungshilfe im IV. Quartal 2010 durchgeführt worden:

Bundeskriminalamt					
Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kalkulation	Ort
Georgien	Operative Analyse	08.11.–13.11.2010	Lehrgang	6 000 €	Tiflis
Ukraine	Grundlagen und Methoden der polizeilichen Auswertung	15.11.–20.11.2010	Lehrgang	6 000 €	Kiew
Nigeria	Bekämpfung des Menschenhandels	22.11.–25.11.2010	Arbeitsbesuch	10 000 €	Abuja
Tunesien	Open Source Internetauswertung im Bereich des internationalen Terrorismus	22.11.–26.11.2010	Lehrgang	3 000 €	Tunis
Senegal	Speziallehrgang Operative Technik	22.11.–01.12.2010	Lehrgang	13 000 €	Dakar
Peru	Beweissicherung im Zusammenhang mit RG-Delikten	22.11.–03.12.2010	Lehrgang	12 000 €	Lima
Algerien	Operative Analyse	25.11.–05.12.2010	Lehrgang	6 000 €	Algier
Dominikanische Republik	Verhandlungen in Fällen von Geiselnahmen und Entführungen Teil 2	29.11.–03.12.2010	Lehrgang	8 000 €	Santo Domingo
Bangladesch	Bekämpfung des Menschenhandels	03.12.–08.12.2010	Lehrgang	8 000 €	Dhaka
Vereinigte Arabische Emirate	Beraterreise iZm Bomb Data Centers	11.12.–14.12.2010	Arbeitsbesuch	3 000 €	Abu Dhabi
Kosovo	Operative Analyse	13.12.–20.12.2010	Lehrgang	6 000 €	Kosovo
Benin	Tatortarbeit bei Kapitaldelikten in Kooperation mit Interpol	06.12.–10.12.2010	Lehrgang	15 000 €	Porto Novo
Jemen	Tatortarbeit auf Schiffen	29.01.–06.02.2011	Lehrgang	6 000 €	Aden
Palästinensische Autonomiegebiete	Rauschgiftbekämpfung	13.02.–11.03.2011	Lehrgang	22 000 €	Ramallah

Bundespolizei					
Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kalkulation	Ort
Türkei	Lehrgang Bekämpfung Urkundenkriminalität Basis/Fortgeschrittenenlehrgang	11.–15.10.2010	Ausbildung	2 200 €	Ankara/TUR
China	Hospitationsbesuch einer Delegation des MÖS, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit mit Schwerpunkt Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit nach Innen	21.–26.10.2010	Ausbildung	1 200 €	Potsdam und Hamburg
China	Hospitation von Experten für Ein- und Ausreise des Flughafens München auf dem Flughafen Shanghei, Erfahrungsaustausch zum Thema Schleusungskriminalität und Grenzmanagement	25.–30.10.2010	Ausbildung	10 000 €	China
China	Hospitationsbesuch einer Delegation des MÖS, Abteilung Personal und Besoldung, mit den Schwerpunkten Besoldung und ärztliche Versorgung	21.–25.11.2010	Ausbildung	2 000 €	Potsdam und Koblenz
China	Hospitationsbesuch einer Delegation des MÖS, Abteilung Logistik und Finanzen, beim BPOLP und BPOLABT BLU mit den Schwerpunkten Haushaltsrecht, polizeiliche Ausstattung	19.10.2010	Ausbildung	180 €	Berlin, Potsdam
China	Besuch einer Delegation der Akademie der chinesischen Polizei bei BPOLP und BPOLAK zum Thema internationale polizeiliche Zusammenarbeit	31.10.–4.11.2010	Ausbildung	1 800 €	Potsdam, Lübeck
China	Delegation Evaluierung Rückführung auf Einladung BMI	26. u. 29.11. 2010	Ausbildung	1 100 €	Potsdam und München

Bundespolizei					
Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kalkulation	Ort
Russland	Besuch einer Expertendelegation der Grenzkontrolle des FSB in St. Petersburg und im Leningrader Gebiet sowie der Grenzkontrolle der internationalen Flughäfen Moskau Domodowo, Vnukowo und Scheremetewo bei den BPOLD München, Frankfurt/M. und Berlin mit dem Ziel des Informationsaustausches über die Organisation & Durchführung der Grenzkontrolle und über die Feststellung verfälschter Dokumente	22.–27.11.2010	Ausbildung	3 000 €	München, Frankfurt, Berlin
Russland	Besuch von Experten des Zentrums für Sonderaufgaben des FSB Russlands bei der Inspektion „Schutzaufgaben Luftverkehr“ der BPOLD Frankfurt zu Fragen der Durchführung operativer Maßnahmen der Luftsicherheitsaufgaben und der AuF	16.–18.11.2010	Ausbildung	3 000 €	Frankfurt
Ukraine	Erfahrungsaustausch beim GASIM im Bereich Risikoanalyse auf höherer Ebene und Besuch eines ErmD der BPOL	1.–4.11.2010	Ausbildung	2 500 €	Potsdam, Berlin
Ukraine	Urkundenschulung	15.–19.11.2010	Ausbildung	1 900 €	Kiew
Vereinigte Arabische Emirate	Erfahrungsaustausch von Vertretern der Abu Dhabi Police am Flughafen Düsseldorf zum Thema Luftsicherheit und grenzpolizeiliche Aufgabenwahrnehmung	12.–16.12.2010	Ausbildung	1 216,20 €	Düsseldorf
Litauen	Schulung von litauischen Grenzschutzbeamten bei der BPOLD BBS mit Schwerpunkt grenzpolizeiliche Abfertigung von Seefahrzeugen (Litauen, Grenzschutzamt Küstenwache Klaipeda)	27.–01.10.2010	Ausbildung	840,13 €	Klaipeda
Litauen	Schulung zur grenzpolizeilichen Aufgabenwahrnehmung am Flughafen	22.–26.11.2010	Ausbildung	1 300 €	Hamburg
Serbien	Erfahrungsaustausch über Gemeinsame Zentren und Gemeinsame Streifen	08./09.11.2010	Ausbildung	2 354,71 €	
Moldau	Multiplikatorenschulung im Erkennen von Urkundenfälschungen (Pässe, Visa und andere Dokumente)	11.–15.10.2010	Ausbildung	3 150 €	Moldau
Moldau	Seminar „Auswertung und Analyse illegale Migration“ und „Durchführung Risikoanalyse in Moldau“	04.–08.10.2010	Ausbildung	3 200 €	Moldau
Serbien	Schulung in Risiko- und Kriminalitätsanalysen	11.–15.10.2010	Ausbildung	3 000 €	Belgrad
Serbien	Multiplikatorenschulung Urkunden durch BPOLP, in SRB	25.–29.10.2010	Ausbildung	4 000 €	Serbien
Kroatien	Heranführung an den europäischen Luftsicherheitsstandard	25.–28.10.2010	Ausbildung	3 000 €	Kroatien
Kroatien	Fact Finding Mission zur Evaluierung des Flugdienstes der kroatischen Polizei	16.–18.11.2010	Ausbildung	1 200 €	Kroatien
Serbien	Erfahrungsaustausch über Gemeinsame Zentren und Gemeinsame Streifen	08./09.11.2010	Ausbildung	2 354,71 €	
Montenegro	Schulungsmaßnahmen (Urkunde) durch BPOL am Flughafen	22.–26.11.2010	Ausbildung	2 500 €	Podgorica/Tivat
Türkei/Serbien/Russland	Stipendiatenausbildung BPOLAK	2010	Ausbildung	65 000 €	Lübeck
Saudi- Arabien	Grenzpolizeiliche Basisausbildung für Führungskräfte des saudischen Grenzschutzes sowie Multiplikatoren-Ausbildung	2010	Ausbildung	Auslandsbedingte Mehrkosten werden erstattet	Riad, Ar'Ar, Al Shouba

- a) Wie lauten die Bezeichnungen der Maßnahmen, und wo fanden/fin-
den sie statt?

Kriminalpolizeiliche Fortbildung, verbandspolizeiliche Fortbildung, Sprach- und Computerkurse, polizeiliche Grundausbildung und Wahlhelferausbildung im Rahmen polizeilicher Grundbefähigungen. Die Aus- und Fortbildungen wurden in den Polizeitrainingszentren Mazar-e Sharif, Kunduz und Feyzabad durchgeführt. Darüber hinaus wurden Schulungen im Rahmen „Training on the job“ am Flughafen Kabul durchgeführt. Weiterhin unterstützt ein Polizeimentorenteam die Ausbildungsgänge des vergleichbar mittleren und gehobenen Dienstes der afghanischen Polizei an der Nationalen Polizeiakademie in Kabul. Im Rahmen des Focused District Development Programms sind derzeit 9 Polizeimentorenteams in 20 Distrikten der Provinzen Balkh und Badakhshan tätig.

- b) Was sind die Ziele der Maßnahmen, über welchen Zeitraum erstrecken sie sich?

Ziel ist nach wie vor die Ausbildung und damit der Aufbau einer stabilen, nach rechtsstaatlichen Grundsätzen orientierten handelnden afghanischen Polizei. Die Maßnahmen erstreckten sich fortlaufend über das gesamte IV. Quartal.

- c) Wie vielen und welchen ausländischen Sicherheitskräften wurde/wird welche Art der Ausbildung gewährt?

Im Jahr 2010 wurden 83 Ausbildungsvorhaben abgeschlossen und 4 457 Angehörige der afghanischen Polizei (ANP) von 290 deutschen Polizisten ausgebildet.

- d) Worin bestanden/bestehen die Aufgaben und Tätigkeiten der deutschen Polizeibeamtinnen und -beamten, und in welchen Stäben, Einrichtungen und sonstigen Stellen waren/sind sie vertreten?

Auf die Antwort zu Frage 1b wird verwiesen.

- e) Wie viele deutsche Polizeibeamtinnen und -beamte waren jeweils an den Maßnahmen beteiligt (bitte für die einzelnen Maßnahmen detailliert ausweisen)?

Auf die Antwort zu Frage 10c wird verwiesen.

- f) Welche Kosten entstanden/entstehen der Bundesrepublik Deutschland für die Ausbildungsmaßnahmen, und aus welchen Haushaltstiteln wurden diese bestritten?

Die Kosten werden aus dem Haushalt des AA/Stabilitätspakt Afghanistan beglichen und sind aufgrund der noch laufenden Maßnahmen derzeit nicht detailliert zu beziffern.

11. Welche Ausbildungsmaßnahmen für ausländische Sicherheitskräfte sind für die nächste Zukunft geplant, welche Kosten werden dem Bund dafür entstehen, und aus welchen Haushaltstiteln sollen diese bestritten werden (bitte nach dem Schema der vorangegangenen Frage beantworten)?

Bundeskriminalamt					
Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kalkulation	Ort
Liberia	Rauschgiftbekämpfung	18.02.–27.02.2011	Lehrgang	20 000 €	Monrovia
Ukraine	Rauschgiftbekämpfung	22.02.–24.02.2011	Lehrgang	15 000 €	Kiew

Bundeskriminalamt					
Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kalkulation	Ort
Indonesien	Verhandlungen in Fällen von Geiselnahmen und Entführungen	07.03.–19.03.2011	Lehrgang	14 000 €	Jakarta
Kasachstan	Terrorismusbekämpfung	26.03.–01.04.2011	Lehrgang	8 000 €	Astana
Dominikanische Republik	Rauschgiftbekämpfung	08.04.–17.04.2011	Lehrgang	8 000 €	Santo Domingo
Tadschikistan	Terrorismusbekämpfung	11.04.–15.04.2011	Lehrgang	8 000 €	Duschanbe
Ukraine	Operative Analyse	24.05.–31.05.2011	Lehrgang	6 000 €	Kiew

Bundespolizei					
Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kalkulation	Ort
Türkei	Bekämpfung der Urkundenkriminalität Fortsetzung der Zusammenarbeit b. d. Bekämpf. der UK. Durchführung zweier UK- Seminare. Ziel ist d. Unterstützung des Multiplikatorenprogramms d. GSD Ankara.	1. Halbjahr	Ausbildung	2 000 €	Türkei
China	Hospitation einer Delegation des Aviation Security Bureau in Deutschland zum Thema FSB, Luftsicherheit/ Kontrollkonzeption	1. Quartal	Ausbildung	2 000 €	
China	Hospitation von Experten für Grenzkontrolle und Grenzangelegenheiten, Urkundenspezialisten sowie Experten für Rückführungsmaßnahmen am Flughafen Frankfurt am Main in China	1. Quartal	Ausbildung	12 000 €	
China	Hospitation von Experten für Ein- und Ausreise der Shanghai Immigration bei der Inspektion in München. Hospitation in der Schwerpunktstelle Urkunden der BPOLI München	2. Quartal	Ausbildung	2 500 €	
China	Hospitation einer Delegation der BPOLD Bad Bramstedt bei der Shanghai Border Control Division Workshop mit Border Control Department zur Erarbeitung einer Konzeption zum Schutz gefährdeter Objekte	2. Quartal	Ausbildung	12 000 €	
China	Informationsbesuch einer Delegation der People's Armed Police in Deutschland zum Thema Einsatzmaßnahmen bei der Bewältigung größerer Demonstrationenlagen, Schutz von Bundesministerien	2. Quartal	Ausbildung	2 000 €	
Ukraine	Arbeitsbesprechung von Lehrkräften d. Nationalakademie des Staatlichen Grenzdienstes UKR a. d. BPOLAK.	1. Quartal	Ausbildung	2 500 €	
Ukraine	Seminar von dt. Experten i. d. UKR f. MKÜ-Personal	2. Quartal	Ausbildung	2 500 €	
Ukraine	Seminar in D zur Maritimen Aus- u. Fortbildung.	2. Quartal	Ausbildung	3 000 €	
Aserbaidshon	Ausbildung für Grenzdienst AZE: Streifen- und Kontrollbeamte von Grenzübergangsstellen, Doku-Multis Dokumentenschulung	1. Quartal	Ausbildung	3 000 €	
Aserbaidshon	Ausbildung für Grenzdienst AZE: – 8 – Angehörige der Küstenwache/Bootsbesatzung Schiffssicherung/Rettungstraining/SAR	2. Quartal	Ausbildung	10 000 €	
Georgien	Schulung von Streifen- und Kontrollbeamten von Grenzübergangsstellen, Doku-Multis Dokumentenschulung	1. Quartal	Ausbildung	3 000 €	

Bundespolizei					
Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kalkulation	Ort
Georgien	Schulung auf dem Gebiet der Risikoanalyse : Bekämpfung der internationalen Schleusungskriminalität anhand ausgesuchter Beispiele und Nationalitäten (IND, CHN, IRN)	2. Quartal	Ausbildung	3 000 €	
Türkei /Serbien/ Russland	Teilnahme an der Stipendiatenausbildung an der BPOLAK/ DHPol	2011	Ausbildung	80 000 €	

GPPT

Es ist vorgesehen, in den unter Antwort zu Frage 10a genannten Bereichen weiter aus- und fortzubilden. Zu den Kosten wird auf die Antwort zu Frage 10f verwiesen.

12. In welchem Rahmen sind außerdem noch deutsche Polizistinnen und Polizisten bzw. Zollbeamtinnen und -beamte im Ausland eingesetzt, und welche Tätigkeiten verrichten sie dort (bitte nach Einsatzländern und -orten sowie Zugehörigkeit zu Bundesländern/BKA/Bundespolizei aufgliedern)?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

PVB der Bundespolizei sind im Hausordnungs- und Objektschutzdienst in folgenden Ländern eingesetzt:

Einsatzort	Einsatzland	Einsatzort	Einsatzland
Abidjan	Côte d'Ivoire	Kinshasa	Kongo
Addis Abeba	Äthiopien	Kiew	Ukraine
Alexandria	Ägypten	Kuwait	Kuwait
Algier	Algerien	Lagos	Nigeria
Almaty	Kasachstan	London	Vereinigtes Königreich
Amman	Jordanien	Madrid	Spanien
Ankara	Türkei	Mexiko-Stadt	Mexiko
Astana	Kasachstan	Minsk	Belarus
Athen	Griechenland	Moskau	Russland
Baku	Aserbaidshan	New Delhi	Indien
Bamako	Mali	New York	Vereinigte Staaten von Amerika
Bangkok	Thailand	Nouakchott	Mauretanien
Beirut	Libanon	Paris	Frankreich
Belgrad	Serbien	Peking	China
Bischkek	Kirgisistan	Pjöngjang	Korea, Demokratische Volksrepublik
Bogota	Kolumbien	Port au Prince	Haiti
Brasilia	Brasilien	Prag	Tschechische Republik
Brüssel	Belgien	Pristina	Kosovo

Einsatzort	Einsatzland	Einsatzort	Einsatzland
Budapest	Ungarn	Ramallah	Palästinensische Autonomiegebiete
Bukarest	Rumänien	Riad	Saudi-Arabien
Chisinau	Moldau	Rom	Italien
Colombo	Sri Lanka	Sanaa	Jemen
Dakar	Senegal	Sarajewo	Bosnien und Herzegowina
Damaskus	Syrien	Skopje	Mazedonien
Genf	Schweiz	Sofia	Bulgarien
Hanoi	Vietnam	St. Petersburg	Russland
Harare	Simbabwe	Taschkent	Usbekistan
Havanna	Kuba	Teheran	Iran
Hurghada	Ägypten	Tel Aviv	Israel
Islamabad	Pakistan	Tiflis	Georgien
Istanbul	Türkei	Tirana	Albanien
Izmir	Türkei	Tokio	Japan
Jakarta	Indonesien	Tripolis	Libyen
Kabul	Afghanistan	Tunis	Tunesien
Kairo	Ägypten	Warschau	Polen
Karachi	Pakistan	Washington	Vereinigte Staaten von Amerika
Khartum	Sudan	Wien	Österreich
		Zagreb	Kroatien

Darüber hinaus wurden PVB der Bundespolizei auch im Personenschutz in Afghanistan und Irak sowie für den Hausordnungs- und Objektschutzdienst an der Botschaft in Kabul und am Generalkonsulat in Erbil (Irak) eingesetzt.

Im Rahmen multilateraler Institutionen, z. B. der Europäischen Union, der OSZE, der Vereinten Nationen, und den daraus resultierenden Vereinbarungen (z. B. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen) finden in Form von Verwaltungszusammenarbeitsprojekten (z. B. Twinning), kleineren Projekten (z. B. TAIEX) oder Einzelmaßnahmen, auch Auslandseinsätze von deutschen Zollbeamtinnen und -beamten statt. Diese dienen ausschließlich dem Aufbau von zollfachlichen Verwaltungskapazitäten in den begünstigten Ländern. Zudem sind 17 Zollverbindungsbeamte in Ländern eingesetzt, mit denen eine enge zollfachliche Zusammenarbeit besteht oder angestrebt wird.

elektronische Vorab-Fassung*

elektronische Vorab-Fassung*